

Präsident gedenkt des Ableben des Kronhüters Barons Nikolaus Wesselenyi, dessen Andenken protokollarisch verewigt wird.

Der Einlauf wird erledigt; die Zuschrift der Hauptstadt Budapest in Angelegenheit der Abänderung der Steuervorlagen wird auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

Folgt die Tagesordnung: Verhandlung des Gesetzentwurfes über die neuerliche Kriegsunterstützung der öffentlichen Angestellten.

Verichterstatter Géza Antal

weist darauf hin, daß dieser Gesetzentwurf nur eine Verlängerung des Gesetzes ist, das im Vorjahre vom Abgeordnetenhaus einstimmig angenommen wurde. Infolge dessen bedarf die Vorlage keiner ausführlichen Begründung, zumal die Verhältnisse seither sich noch verschlimmert haben. Er erläutert den Gesetzentwurf und beschäftigt sich namentlich mit der Frage der Vorschüsse. Er betont, daß der Finanzausschuß die ursprünglichen Gesetzentwürfe für ungenügend erachtet und den Finanzminister ersucht hat, neue Vorschläge zu machen. Er würdigt die Verdienste der Beamten und bittet, den Gesetzentwurf anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Finanzminister Johann v. Teleky

erklärt, er habe mit der größten Bereitwilligkeit der Aufforderung des Finanzausschusses entsprochen, die Unterstützungskala der Staatsangestellten zu erhöhen, da die Regierung die hingebungsvolle und aufopfernde Tätigkeit der Beamten voll und ganz zu würdigen weiß. Der ursprüngliche Wunsch der Beamten war, die Unterstützung dem Familienstand anzupassen. Dies hätte nicht entsprechend durchgeführt werden können. Es mußten die Gehaltsklassen als Grundlage genommen werden, und zwar erhalten die Gehaltsklassen XI, X und IX 35 Prozent, VIII und VII 30 Prozent, VI und die übrigen 25 Prozent ihres bisherigen Gehaltes als Kriegsunterstützung. Bei den öffentlichen Beamten, die nicht nach diesen Gehaltsklassen eingeteilt sind, kommen dieselben Gesichtspunkte nach der Höhe ihres Gehaltes zur Geltung. Das Minimum wurde mit 600 Kronen festgestellt. Der Minister weist auf die ohnehin große Belastung des Staates hin, stellt einen Vergleich mit den österreichischen und den deutschen Verhältnissen an und konstatiert, daß die Lage unserer öffentlichen Angestellten durch die erhöhte Unterstützung in jeder Richtung der ihrer deutschen Kollegen gleichkommt. Er bittet, den Gesetzentwurf anzunehmen. (Lebhafte Beifall und Applaus.)

Graf Theodor Batthyány

gibt seiner Freude Ausdruck, daß diese Frage als erste verhandelt wird, so daß sie mit der Objektivität verhandelt werden kann, die die Unterstützung der Beamten verdient. Er hält es für seine Pflicht, über die Verhandlungen des Landesvereines der Staatsbeamten mit dem Finanzminister zu berichten und für die im Laufe dieser Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen einzutreten. Er ist der Ansicht, daß die Privatunternehmungen zumindest nach diesem Standard die Gehälter ihrer Angestellten erhöhen müßten, und der Staat sollte bei denjenigen Unternehmungen, auf die er einen gewissen Einfluß ausübt, jenen soliden Druck zur Geltung bringen, der so oft beanstandet wurde. Er zollt der Presse große Anerkennung für die werktätige Unterstützung, die sie der Verbesserung der Lage der Staatsangestellten gewährt hat, und ersucht die Presse, ebenso energisch für die Interessen der Privatangestellten einzutreten. Die Beamten waren sich bei ihren Forderungen dessen bewußt, daß sie die Leistungsfähigkeit des Staates berücksichtigen müssen. Am idealsten wäre der Zustand gewesen, wenn bei der Kriegsunterstützung der Familienstand der Beamten in Betracht gezogen würde. Ungerecht wäre es aber gewesen, allen Beamtenkategorien die prozentual gleich hohe Unterstützung zu erwähren. Von diesen Gesichtspunkten geleitet, machte der Landesverein der Staatsbeamten seine Propositionen, die vom Finanzminister zum großen Teil angenommen wurden. Er dankt dem Finanzminister für sein Entgegenkommen und für das Wohlwollen, das er den Beamten gegenüber entgegengebracht hat, und bittet die Beamten, sich mit den erzielten Ergebnissen zufrieden zu geben. Redner erinnert sodann daran, daß viele im Dienste des Staates oder staatlicher Unternehmungen stehenden Kategorien, die nicht dem Status der Staatsangestellten angehören, ebenfalls berücksichtigt werden, wie z. B. die Postmanipulantinnen. Bei dieser Gelegenheit hält er es für seine Pflicht, dafür einzutreten, daß die Frauenarbeit ebenso bezahlt werde, wie die der Männer, deren Wirkungsbereich sie einnehmen. (Zust.) Redner bittet den Minister, die Anschaffungsvorschüsse noch im September zur Anszahlung zu bringen. Die Regierung muß auch dem Gedanken nachtreten, für die Dauer des Krieges eine Einkaufszentrale für die Staatsangestellten zu errichten, damit diese die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel anschaffen können. Die ungarische Fluß- und Seeschiffahrt-Gesellschaft und auch andere Privatunternehmungen haben diese Einrichtung ins Leben gerufen und auch der Staat könnte dies ohne besondere Schwierigkeiten durchführen. Er weist darauf hin, man müsse damit rechnen, daß der Staat nach dem Kriege eine allgemeine Regelung der Gehälter der Staatsbeamten durchführen müssen. Er beneidet nicht den betreffenden Finanzminister, der seinerzeit dies werde besorgen müssen. Redner beschäftigt sich mit den Einzelheiten des Entwurfes und bittet den Minister, auch der Pensionisten, der Familien der Eingekerkerten, der Seelsorger, die eine Kongrua erhalten, und der Postmeister zu gedenken. Zugleich richtet er an die Regierung das Ansuchen, man möge, da jetzt ein automatisches Avancement nicht durchgeführt wird, wenigstens die erledigten Beamtenstellen besetzen. (Zustimmung.) Ferner möge die Regierung ihren Einfluß ausüben, daß die Oesterreichisch-Ungarische Bank und die unter staatlicher Aufsicht stehenden Schiffahrtsgesellschaften und anderen Unternehmungen ihren Angestellten zumindest dieselben Unterstützungen gewähren wie der Staat. Eine douce violence in dieser Richtung wäre sehr angebracht. Zum Schluß beschäftigt sich Redner mit der Lage der Arbeiter und meint, es gäbe Unternehmungen, die damit Mißbrauch treiben, daß sie unter militärischer Oberhoheit stehen. Die Regierung muß ihre warnende Stimme diesen gegenüber erheben, sonst wäre die Opposition gezwungen, diese Unternehmungen hier im Hause zu brandmarken. Er empfiehlt die vom Minister unterbreiteten Vorschläge zur Annahme und bittet um Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche. (Lebhafte Beifall links.)

Pester Lloyd

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 4. Juli.

Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute die Vorlage über die neuere Kriegsunterstützung der staatlichen Beamten. Nach einem informativen Bericht, den Abgeordneter Géza Antal unterbreitete, ergriff Finanzminister Johann v. Teleky das Wort. Der Minister stellte die Motive der Vorlage, ihre Auswirkungen und auch die Verfügungen fest, die neuestens in die Vorlage aufgenommen wurden.

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány fühlte sich hierauf bewogen, loyal das Entgegenkommen der Regierung anzuerkennen.

Es sprachen noch die Abgeordneten Johann Molnár, Elemér Jaksabffy und Ernst Bródy.

Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Bethy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags. Schriftführer: Géza Koványi, Peter Mihályi, Koloman Szóka.

Auf den Ministerstauten: Graf Tiba, Teleky, Sándor, Valogh, Baron Ghillány, Baron Harlányi, Baron Pazai, Janlovich, Hideghéthy.

Abgeordneter Johann Molnár

weist darauf hin, daß er schon im Vorjahre die Bedeutung der Kriegsunterstützung für die Beamten hervorgehoben habe, die in so gewissenhafter Weise ihre Pflicht erfüllen. Dennoch müsse er abermals das Wort im Interesse der Beamten er-